

7. Strategische Kontrolle über die AXPO stärken

Antrag des Regierungsrates vom 4. Oktober 2023 und Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 2. Juli 2024

KR-Nr. 330b/2022

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Mit diesem Postulat wurde gefordert, dass mindestens ein Regierungsrat im AXPO-Verwaltungsrat (*Schweizer Energiekonzern*) vertreten sein soll. Zudem sollte der Regierungsrat aufzeigen, wie er mit anderen Eignerantonen zusammen eine koordinierte politische Kontrolle über die AXPO wahrnehmen will.

Der Regierungsrat möchte keine Vertretung aus den eigenen Reihen im AXPO-Verwaltungsrat. Er macht dafür mögliche Interessenkonflikte geltend, indem im Einzelfall strategische Entscheide zugunsten einer positiven Entwicklung der AXPO den Interessen des Aktionärs Kanton Zürich entgegenstehen können. Zur politischen Kontrolle der AXPO genügen dem Regierungsrat die heutigen Instrumente. Diese sind, erstens, die Eigentümerstrategie, zweitens, die Aktionärsrechte, insbesondere die Wahl des Verwaltungsrats. Drittens finden regelmässige Austausche statt, einerseits zwischen dem Regierungsrat und der kantonalen Vertretung im Verwaltungsrat, andererseits zwischen der AXPO und allen Aktionärinnen und Aktionären.

Die Mehrheit der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt beantragt Ihnen die Abschreibung des Postulats mit abweichender Stellungnahme. Sie hält an der Forderung einer regierungsrätlichen Vertretung im AXPO-Verwaltungsrat fest und erwartet, dass der Regierungsrat bei der nächsten Zürcher Vakanz diesbezüglich aktiv wird. Sie begründet, dass die Regierungsrätinnen und -räte durch ihr Amtsgelübde stärker an die Zürcher Verfassung und Gesetze gebunden sind als externe Personen. Zudem seien Regierungsrätinnen und -räte naturgemäss viel besser in der Zürcher Politik vernetzt.

Die Minderheit der KEVU teilt die Haltung des Regierungsrates und ist mit dessen Antwort einverstanden. Entsprechend beantragt sie die Abschreibung des dringlichen Postulats ohne abweichende Stellungnahme.

Paul von Euw (SVP, Bauma): Wir brauchen in der landesinternen Stromversorgung zuverlässige Partner. An der AXPO besitzt der Kanton Zürich zusammen mit den EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*) über 36 Prozent der Aktien und damit 36 Prozent der Aktien des schweizweit grössten Stromproduzenten, eben der AXPO. Demokratisch legitimierte Vertreterinnen und Vertreter im Verwaltungsrat dieser grössten inländischen Stromproduzentin sucht man jedoch erfolglos, im Gegenteil: Der Regierungsrat nominiert Personen in den Verwaltungsrat, welche eine klare, im gewinnorientierten Bereich geschäftstüchtige Strategie fahren, welche jedoch anscheinend die inländische Versorgungssicherheit einer

untergeordneten Priorisierung unterstellen. Das öffentlichkeitserweckende Vorgehen, wie beispielsweise der Verkauf von indirekten Beteiligungen an der Swissgrid (*Schweizer Netzgesellschaft*) oder das vehemente Dagegenstemmen des Passus im NOK-Ablösevertrag, dass Schweizer Kraftwerke in der öffentlichen inländischen Hand bleiben sollen, oder dann der Wille, die Schweizer Wasserkraft ins Ausland zu verkaufen, eine Idee aus dem Jahr 2016, diese Ideen zeigen die insgeheime Strategie der AXPO auf, nämlich die Betriebszweige abzustossen, welche nicht den Gewinn erzielen, wie dieser aus dem Energiehandel sprudelt, aber nicht zur inländischen Stromversorgung beiträgt. Das soll nicht goutiert werden.

Wir brauchen eine AXPO, welche ihren Anteil zu einer sicheren, zuverlässigen und wirtschaftlichen Stromversorgung beiträgt, alles andere ist Beilage, welche zwar nett, jedoch nicht zentral ist. Die AXPO handelt unter anderem auch mit Vermögen des Kantons Zürich – und mit nicht wenig Vermögen. Und wenn eine Firma mit solch grossen Summen hantiert, soll die Eigentümerin auch adäquat in dieser Firma vertreten sein, und nicht wie heute mit Personen, welche durch den Regierungsrat einmal jährlich zu einem netten Austausch bei einem sogenannten Lenkungsgespräch zwischen Vertretern des Zürcher Regierungsrates und den Zürcher Vertretern im AXPO-Verwaltungsrat in untergeordneter Weise etwas mitreden oder sogar Bittsteller sind. Das bringt meines Erachtens gleich viel wie gar nichts. Wir fordern eine Vertretung aus der Zürcher Exekutive im Verwaltungsrat der AXPO. Diese Person ist in der Lage, die Interessen des Kantons Zürich und jene der AXPO zu vertreten. Aus diesem Grund unterstützen wir die abweichende Stellungnahme.

Minderheitsantrag Franziska Barmettler, Thomas Anwander (in Vertretung von Ruth Ackermann), Sarah Fuchs, Andreas Hasler, Florian Meier, Sonja Rueff, Benjamin Walder (in Vertretung von David Galeuchet):

II. Es wird keine abweichende Stellungnahme abgegeben.

Daniel Rensch (GLP, Zürich): Sprechen wir noch einmal zu einem dringlichen Postulat zur AXPO: Drei, inklusive dieses, waren eine Reaktion auf die Beantragung des Rettungsschirms durch die AXPO im Jahr 2022, der ja dann aber nicht benötigt wurde. Sie stammen alle aus der Feder der unheiligen AXPO-Allianz zwischen SP und SVP, die etliche weitere Vorstösse in diesem Zusammenhang eingereicht hat – einen hatten wir im vorletzten Traktandum (*KR-Nr. 30/2025*) – und, wie wir jetzt bereits wieder gehört haben, beim NOK-Vertrag Heimatschutz betreiben will. Diese Allianz will nun, dass unser Regierungsrat einen Sitz im AXPO-Verwaltungsrat haben muss.

Es stimmt zwar, dass es nicht unbedingt verständlich ist, weshalb der Regierungsrat in anderen Verwaltungsräten sitzt, zum Beispiel bei der Flughafen Zürich AG, aber nicht im Verwaltungsrat der AXPO. Gleichzeitig erachtet es die GLP aber nicht als notwendig, einen Regierungsratssitz im AXPO-Verwaltungsrat explizit vorzuschreiben. Drei Gründe, warum: Erstens hat der Kanton verschiedene Instrumente zur Verfügung, um auf die Geschäftsführung und Strategie der AXPO

Einfluss zu nehmen, etwa über die Eigentümerstrategie, die Wahrung der Aktionärsrechte sowie regelmässigen Austausch mit der AXPO-Führung. Zweitens kann es zu Interessenskonflikten kommen zwischen den Interessen des Unternehmens, die man als Verwaltungsrat zu priorisieren hat, und den Interessen des Kantons. Wir wollen keine weitere Verpolitisierung des Verwaltungsrats. Das von nun an VR-Mitglieder gesucht werden, die einen stärkeren Bezug zum Kanton Zürich haben, macht Sinn und ist auch so vorgesehen. Und drittens ist klar, dass die Absender der abweichenden Stellungnahme damit ein Problem lösen wollen, das nicht gelöst werden kann. Die AXPO ist nicht verantwortlich für den Service public und sie hat auch keinen Auftrag für die Versorgungssicherheit. Wenn man dies ändern will, muss man an anderen Orten ansetzen und nicht beim Verwaltungsrat.

Wir schreiben das Postulat ohne abweichende Stellungnahme ab.

Tobias Langenegger (SP, Zürich): Die Diskussion zu diesem dringlichen Postulat kommt zu einem sehr passenden Zeitpunkt. Zur Erinnerung: Wir haben dieses im September 2022 eingereicht, kurz nachdem der Bundesrat einen Rettungsschirm für 4 Milliarden Franken aufspannen musste. Während sich die Strompreise und entsprechend auch der Liquiditätsengpass der AXPO erholt haben, kam im August des letzten Jahres der nächste Knall: Die Schaffhauser Stimmbevölkerung sagte als letzte von neun Eignerantonen Nein zum neuen AXPO-Aktionärsbindungsvertrag. So unterschiedlich die Fälle, so ähnlich das Problem: Immer und immer wieder scheint der professionelle AXPO-Verwaltungsrat zu weit weg von der Bevölkerung. Und es ist auch klar, warum, denn für die Bevölkerung ist Stromproduktion zu Recht schlicht Service public, Daniel Rentsch. Die neue Ausgangslage nach dem Nein von Schaffhausen verstärkt die Forderung des Postulats zusätzlich. Die Politik ist mehr denn je gefordert, muss dringend in den AXPO-Verwaltungsrat zurückkehren. Aus diesem Grund unterstützt die SP natürlich auch die abweichende Stellungnahme. An dieser Stelle vielen Dank an alle in der Kommission, die daran mitgearbeitet haben, insbesondere auch dem FC-Kantonsrats-Torhüter Daniel Sommer. Die Abstimmung in Schaffhausen hat gezeigt, dass es der Bevölkerung «gschmuuch» ist, wenn im Verwaltungsrat Expertinnen und Experten sitzen, die losgelöst von politischen Realitäten handeln. Dass dies immer wieder passiert, zeigte beispielsweise der Verkauf von 49,9 Prozent der Netzbeteiligung, Paul von Euw hat es bereits erwähnt. Dieser Verkauf wurde vollzogen, obwohl klar war, dass es der politische Wille der Eigentümerinnen und Eigentümer ist, dass das Stromnetz im Besitz der öffentlichen Hand bleiben muss. Und insofern, ja, Daniel Rentsch, beim Service public betreiben wir in der Tat Heimatschutz, und das auch zu Recht. Denn die Stromversorgung ist ein wichtiger Pfeiler des Service public und deshalb ist die AXPO ein wichtiger Bestandteil des Service public. Entsprechend erwarten wir, dass der AXPO-Verwaltungsrat die Gesetze des Kantons Zürich einhält. Das Problem ist – der Regierungsrat schreibt es selber in seiner Postulatsantwort –, ich zitiere: «Die Mitglieder im Verwaltungsrat einer privatrechtlichen Aktiengesellschaft sind in erster

Linie verpflichtet, sich für das Wohl des Unternehmens einzusetzen.» Das möchten wir nicht. Wir möchten, dass sich die Mitglieder im Verwaltungsrat primär für die Bevölkerung einsetzen und entsprechend den Gesetzen im Kanton Zürich handeln. Und genau das muss ein Regierungsrat, schliesslich hat er darauf ein Amtsgelöbnis geleistet.

Die Vakanz, auf die dieses dringliche Postulat gezielt hat, ist tempi passati, doch dank dem, dass die Mühlen der Politik langsam mahlen, kommen schon bald wieder die nächsten Verwaltungsratswahlen. Wir bitten den Regierungsrat, insbesondere unter den neuen Vorzeichen durch die Schaffhauser Abstimmung, bei der nächsten Vakanz dafür zu sorgen, dass er wieder direkt im AXPO-Verwaltungsrat vertreten ist. Es braucht nun diesen Schritt, um maximales Vertrauen in die AXPO zu schaffen, um ihr auch ein neues Kleid geben zu können. Vor allem – Sie wissen es – stehen national respektive international auch wichtige Weichenstellungen bezüglich Strommarkt an. Und damit das gut kommt, braucht es eine gute Vernetzung der AXPO in die Politik – Regierungsräte haben diese Vernetzung –, nicht zuletzt auch in die nationale Politik. Sie sehen, unsere Verordnung bleibt enorm aktuell und wichtig. Deshalb unterstützen wir die abweichende Stellungnahme und bitten Sie es uns gleich zu tun. Besten Dank.

Sarah Fuchs (FDP, Meilen): Die FDP-Fraktion ist weiterhin überzeugt, dass eine Entpolitisierung der Verwaltungsräte staatlicher, jedoch marktwirtschaftlich agierender Unternehmen sinnvoll ist. Mit der neuen Eigentümerstrategie für die AXPO von 2017 zog sich der Regierungsrat aus dem Verwaltungsrat zurück, um potenzielle Interessenkonflikte zu vermeiden. Dabei betonte er, dass die Besetzung des Verwaltungsrats durch Personen mit spezifischer Fachkompetenz und hoher Unabhängigkeit erfolgen solle. Diese Haltung des Regierungsrates unterstützen wir nach wie vor. Wir stimmen der Abschreibung des Postulats zu. Politikerinnen und Politiker sind nicht zwangsläufig die besseren Unternehmerinnen und Unternehmer. In Verwaltungsräten sollen in erster Linie Fachleute sitzen, die über das notwendige Wissen und die entsprechende berufliche Erfahrung in der Unternehmensführung verfügen. Natürlich sollen diese Verwaltungsratsmitglieder auch politisches Gespür mitbringen, das gehört zum Anforderungsprofil. Wir begrüssen es auch, wenn bei der nächsten Besetzung ein stärkeres Augenmerk auf dieses Kriterium gelegt wird. Die wichtigste Qualifikation ist es allerdings nicht. Zudem verfügte der AXPO-VR seit längerem mit dem Thurgauer Ständerat Jakob Stark über eine Person mit einem direkten Draht nach Bundesbern. Und im Januar wurde der Zürcher GLP-Nationalrat Martin Bäumle ins Gremium gewählt. Ebenso selbstverständlich ist, dass der Verwaltungsrat im ständigen Dialog mit seinen Aktionären steht. Dies ist bei der AXPO der Fall, der Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) zeigte es uns in der Kommission auf. Der Regierungsrat steht in regelmässigem Austausch mit seinen Vertreterinnen und Vertretern im Verwaltungsrat, und die AXPO trifft sich mindestens zweimal im Jahr mit allen Aktionären.

Die FDP sieht keinen Bedarf für aktive Politikerinnen/Politiker oder Regierungsrätinnen/Regierungsräte im Verwaltungsrat der AXPO. Die Endpolitisierung der strategischen Führungsgremien liegt im Interesse des Unternehmens und seiner Eigentümer, auch des Kantons Zürich und der weiteren AXPO-Eigenerkantone. Wir schreiben ab.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Ich gebe Ihnen nochmal meine Interessenbindungen bekannt: Ich bin im Vorstand von Swissolar (*Schweizer Fachverband für Solarenergie*).

Wir Grünen schreiben das Postulat ab und unterstützen die abweichende Stellungnahme nicht. Wir möchten der AXPO-Führung danken. Die ganze Belegschaft sowie auch der gesamte Verwaltungsrat leisten hervorragende Arbeit, auch wenn die Geschäftsführung mit den Entschädigungen über die Stränge schlägt. Inmitten der vielen Kritik, die die AXPO in den letzten Jahren erfahren hat, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die AXPO professionell und nicht ideologisch geführt wird. Wir möchten keine ideologisch geprägte Führung der AXPO, in der Regierungsräte aus den eigenen Kantonen lediglich einer Parteimeinung folgen und aufgrund mangelnder Fachkenntnisse nicht zum Fortschritt des Unternehmens beitragen können.

Der Verwaltungsrat der AXPO ist fachlich breit aufgestellt. Er besteht aus Mitgliedern mit Führungserfahrung in grossen Unternehmen aus der Bau- und der Energiebranche sowie mit Kompetenzen des Risikomanagements. Auch politische Erfahrung ist im Verwaltungsrat vertreten, gerade eben wurde ja Herr Bäumle auch in den Verwaltungsrat gewählt. Dieses Know-how macht ihn schlagkräftig und er ist gut positioniert für zukünftige Herausforderungen.

Der AXPO-CEO Christoph Brand hat beim letzten Treffen mit dem Kantonsrat betont, dass es in der Schweiz derzeit keine Investoren für AKW gibt, dies aufgrund fehlender Planungssicherheit und Rentabilität. AKW werden nur in Ländern realisiert, in denen der Staat das Risiko trägt und die Technologie aus ideologischen Gründen oder aus militärischen Interessen vorangetrieben wird. In einem Interview mit der «Handelszeitung» erwähnt Herr Brand, dass die AXPO eine Solaroffensive gestartet hat. Geplant ist, auf Dächern von Industriegebäuden sowie in den Alpen jährlich 700 Solaranlagen zu bauen. Darüber hinaus hat die AXPO im April ihre erste Produktionsanlage für grünen Wasserstoff in der Schweiz eröffnet. Auch im Bereich der Windenergie ist die AXPO in der Schweiz aktiv, und wir können mit der Teilrevision des Richtplans und der Einführung des Plangenehmigungsverfahrens dazu bald die notwendigen Leitlinien für Projekte festlegen, damit es auch mit dieser Technologie endlich vorwärtsgehen kann. Die AXPO trägt also den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent voran, sowohl im Ausland als auch, wie es in ihrer DNA verankert ist, im Inland. Mein Fazit: Die AXPO ist auf Kurs.

Im Gegensatz dazu sehen wir bei den EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*), bei denen ein rein politischer Verwaltungsrat agiert, wenig Fortschritte. Es fehlen der Antrieb zur Veränderung und ein konsequentes Engagement für die

erneuerbaren Energien. Deshalb hat Thomas Forrer zusammen mit Vertretern der ganzen Klimaallianz eine PI (KR-Nr. 229/2024) eingereicht, welche die Amtszeit beschränken soll, damit endlich frisches Blut in diesen Verwaltungsrat kommt. Mehrere Vorstösse der Klimaallianz sollen die EKZ auf einen zukunftsgerichteten Kurs bringen. Neben den wirtschaftlichen sollen auch nachhaltige Ziele verfolgt werden. Die EKZ müssen ein Treiber beim Ausbau der erneuerbaren Energien werden. Im Traktandum 9 von heute (KR-Nr. 255a/2021) können wir hier einen wichtigen Pflock dazu einschlagen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Impulse und die Festlegung im EKZ-Gesetz den nötigen Druck erzeugen, um die EKZ endlich auf Kurs zu bringen. Leider wirken der CEO der EKZ, Herr Rengel (*Urs Rengel*), und der Verwaltungsratspräsident, Herr Schaeren (*Rolf Schaeren*), bisher immun gegenüber solchen Veränderungen. Es scheint, dass aus dem Verwaltungsrat wenig Druck kommt, um den Wandel voranzutreiben. Deshalb stellen wir Grünen Professionalität vor Ideologie.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Nach dem Nein des Kantons Schaffhausen zum neuen Aktionärsbindungsvertrag der AXPO stellt sich die Frage, wie der Kanton Zürich, als grösster Aktionär, die Zukunft der AXPO sieht. Die Herausforderungen für die AXPO bleiben gross. Die Mitte-Fraktion hat dazu eine schriftliche Anfrage (KR-Nr. 267/2024) gemacht, besten Dank für die Antwort. Leider konnten die meisten unserer Fragen nicht oder noch nicht beantwortet werden. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse aus der Projektsteuerungsgruppe der Kantonsregierung und der Kantonswerke.

Die Mitte-Fraktion ist mit der Abschreibung dieses Postulats einverstanden – ohne abweichende Stellungnahme. Es braucht nicht zwingend Personen aus dem Regierungsrat im Verwaltungsrat. Aber selbstverständlich braucht es dringend regelmässigen Austausch zwischen der AXPO und den Eignern.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis): Wir alle wissen es, mehr als ein Drittel der AXPO-Aktien gehören mit den EKZ zusammen dem Kanton Zürich. Das ist natürlich erfreulich, zumindest wenn es rund läuft und die AXPO im Sinne ihrer Eigentümerschaft handelt, also keine spekulativen, halsbrecherischen Experimente ausübt und Krisen aus eigener Kraft überstehen kann. Diese Vorbehalte sind wichtig, denn immerhin ist die AXPO ein zentraler Pfeiler unserer Energieversorgungssicherheit, egal, ob dies offiziellen Charakter hat oder nicht. Denn Sicherheit will auch die Bevölkerung, darauf hat sie sogar ein Anrecht. Schliesslich sind die erwähnten Aktienanteile nichts anderes als Volksvermögen. Sicherheit hängt auch eng mit der Gewissheit zusammen, dass mit ihrem Geld verantwortungsvoll umgegangen wird. Doch Abgeben von Verantwortung setzt Vertrauen voraus, das wissen wir alle, sei es als Eltern, Vorgesetzte oder in welcher Rolle auch immer. Im Falle der AXPO heisst das: Die Bevölkerung des Kantons Zürich vertraut der Geschäftsleitung und vor allem dem Verwaltungsrat der AXPO, dass man sie ernst nimmt, dass man die Erwartungen der Bevölkerung kennt, dass man diese in wichtige Entscheidungen einfließen lässt.

Nun wirft aber die kürzliche Abstimmung im Kanton Schaffhausen über den neuen Aktionärsbindungsvertrag die berechtigte Frage auf, ob die Vertrauensbasis noch da ist. Sie erinnern sich, 53 Prozent der Wählenden schmetterten ein Anliegen der AXPO ab, also die Mehrheit. Und das wiederum deutet auf ein Misstrauen gegenüber dem Selbstverständnis der Unternehmensführung und der umgesetzten Strategie hin. Dieses Abstimmungsergebnis gibt uns als Eigneranton natürlich zu denken, und auch andere Zeichen lassen vermuten, dass unsere Möglichkeiten der Einflussnahme im Verwaltungsrat schlicht zu schwach sind. Laut OR (*Obligationenrecht*) ist der Verwaltungsrat primär dem Unternehmen verpflichtet. Aber das schliesst natürlich nicht aus, berechtigte politische Ansprüche ebenfalls zu berücksichtigen. Einem Verwaltungsratsmitglied sollte es jedenfalls nicht egal sein, ob die Eigentümerin zufrieden ist. Wir, also das Parlament, unsere Regierung, unsere Vertretung im Verwaltungsrat, müssen daher das Feld abstecken, um unsere Einflussmöglichkeiten nicht zu verlieren. Wie wichtig das ist, hatte schon mein Vater begriffen, als er Weiden einzäunte. Denn nur so konnte er beeinflussen, wo gefressen wird. Kühe, die sich nicht daran hielten und unter den Draht durch frassen, erhielten dann eben einen Zwick. Dieses Bild aus meiner Jugendzeit hatte ich plötzlich wieder vor Augen, als ich über unsere Einflussmöglichkeiten als Miteigentümer der AXPO nachdachte. Wir müssen das Feld abstecken, wo wir und die Bevölkerung es wollen. Wir wollen deutlich mehr zu sagen haben beim Bestimmen der Grenze, wo die Gewinnmaximierung enden soll. Denn wir wollen wieder mehr Gewissheit haben, dass Volksvermögen bei heftigen Stürmen nicht dem Bach runtergeht oder sich in Luft auflöst. Und wir wollen mehr Einfluss darauf haben, dass die AXPO einer stabilen Versorgungssicherheit das richtige Gewicht gibt. Es ist definitiv an der Zeit, dass die Politik nicht nur die Zaunpfähle liefert, sondern auch deutlich mitbestimmt, wo sie eingeschlagen werden.

In diesem Sinne stimmt die EVP für die abweichende Stellungnahme und erwartet vom Regierungsrat, dass er in einer künftigen Besetzung der Zürcher Vertretung im AXPO-Verwaltungsrat entsprechend handelt.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Die Alternative Liste wird dieses Postulat mit abweichender Stellungnahme abschreiben, ich begründe dies in einem Satz: Der Kapitän oder die Kapitänin gehört auf Deck, ergo gehört der Regierungsrat in den Verwaltungsrat, damit er seine politische Verantwortung wahrnehmen kann.

Regierungsrat Martin Neukom: Die Grundthese dieses Postulats ist ja, dass der Rettungsschirm oder die Notwendigkeit des Rettungsschirms des Bundes angeblich zeige, dass die Entpolitisierung gescheitert sei. Das ist die Grundthese dieses Postulats, ich teile diese Grundthese nicht. Warum war dieser Rettungsschirm des Bundes nötig? Es war eine Kombination aus ausserordentlich hohen Strompreisen, die es in diesem Ausmass noch nie gab, in der Kombination mit dem sogenannten Hedging, das heisst, dem Verkauf von Strom bis zu drei Jahre im Voraus. Diese Kombination hat zu diesen Liquiditätsengpässen geführt, hohe Strompreise

und Hedging. Jetzt kann man der AXPO vorwerfen, dass die Hedging-Strategie falsch war und dass man nicht so viel im Voraus hätte verkaufen sollen. Nun, diese Hedging-Strategie, die Strategie, dass man also den Strom schon bis zu drei Jahre im Voraus verkauft, diese Strategie wurde noch unter dem alten Verwaltungsrat beschlossen, das heisst, unter dem politisch besetzten Verwaltungsrat. Und damit ist Ihre These widerlegt, dass der Rettungsschirm zeige, dass die Entpolitisierung gescheitert sei, denn das Problem des Hedgings, wenn man dann das als Problem bezeichnet, diese Fehlentscheidung, wenn man so will, wurde noch unter dem politisch besetzten Verwaltungsrat beschlossen. Wir haben genau zu diesem Sachverhalt ja einen externen Bericht durch Deloitte (*Unternehmensberatungsfirma*) machen lassen und das eng begleitet. Und Deloitte hat dann auch festgestellt, dass genau diese Erzählung in dieser Form stimmt und dass die wesentlichen Punkte somit beinhaltet sind und dass die AXPO-Führung keine grundlegenden Fehlentscheidungen gefällt hatte.

Ein Verwaltungsrat ist nach Obligationenrecht dem Unternehmen verpflichtet. Und, Tobias Langenegger, natürlich ist es schön, wenn ein Verwaltungsrat oder jemand, der in einem Unternehmen tätig ist, auch noch weiterdenkt als nur das Unternehmen. Aber nach Obligationenrecht ist ein Verwaltungsrat natürlich verpflichtet zu schauen, dass das Unternehmen nicht Konkurs geht, und das ist im Grundsatz ja nicht ganz falsch. Wenn jetzt also ein Regierungsrat Einsitz nimmt in einem entsprechenden Verwaltungsrat, dann kann das sehr schnell auch zu Interessenkonflikten führen. Deshalb sind wir in der Regierung aus Compliance-Gründen der Ansicht, dass es jetzt in Bezug auf die AXPO keinen Sinn ergibt, diese Entpolitisierung rückgängig zu machen und als Regierung wieder im AXPO-Verwaltungsrat Einsitz zu nehmen. Im Übrigen hat die AXPO verschiedenste Massnahmen ergriffen, um zu verhindern, dass eine Situation wie 2022 nochmals in dieser Form auftritt, und zwar verkauft sie mehr Strom direkt, mehr Direktverkauf ohne die Börse. Sie hat ihre Hedging-Strategie angepasst, das Risikomanagement wurde entsprechend gestärkt. Wenn jetzt also eine Stromkrise, wie wir das 2022 gesehen haben, nochmals eintreten würde, wäre die AXPO gestärkt und bräuchte keinen Rettungsschirm des Bundes mehr. Die Schwierigkeit liegt natürlich darin, dass sich eine zukünftige Krise möglicherweise ja anders entwickelt als die vergangene Krise, das heisst, man weiss natürlich nie, was genau auf einem zukommt.

Zum Schluss noch zu den Rollen: Die Rollen im Energie- und im Strombereich sind so verteilt, dass der Bund der Regulator ist. Der Kanton selber macht nur relativ wenig. Der Bund definiert die Spielregeln. Der Kanton ist mit der AXPO Eigentümer eines Marktteilnehmers, wir dürfen das nicht verwechseln. Das heisst: Die Spielregeln definiert der Bund, und die AXPO spielt nach den Spielregeln des Bundes. Wenn Sie also sagen, in der Vergangenheit sei zu wenig investiert worden, dann liegt das daran, dass die Spielregeln so definiert waren wie sie sind, nämlich, dass es einen Strommarkt gibt und dass man dann investiert, wenn es sich finanziell lohnt. In der Vergangenheit gab es wenig Subventionen

und die Strompreise waren sehr tief, ergo wurde sehr wenig investiert. Die Bedingungen haben sich verbessert, mit dem Stromgesetz respektive dank dem Mantelerlass sind die Bedingungen etwas besser. Im Moment sind auch die Strompreise etwas höher, also ist davon auszugehen, dass auch noch etwas mehr investiert wird. Dennoch ist es so, Investitionen im Inland – und das ist nicht überraschend – sind natürlich teurer als Investitionen im Ausland. Fast alles, was im Ausland produziert wird, ist günstiger als das, was in der Schweiz produziert wird; so ist es auch beim Strom. Hauptgrund, warum es teilweise sehr, sehr langsam vorangeht, sind die langen Bewilligungsverfahren, insbesondere bei der Wasserkraft und bei der Windkraft. Die AXPO würde sehr gerne mehr investieren, aber wenn sie die Bewilligung noch nicht hat, dann kann sie das Geld auch nicht investieren. Mit diesen Ausführungen beantrage ich Ihnen, das Geschäft abzuschreiben. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Franziska Barmettler gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 94 : 81 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und das Postulat 330/20222 mit abweichender Stellungnahme abzuschreiben.

Das Geschäft ist erledigt.